

Systematische Falschauslegung von Studien im Wiederzulassungsverfahren

Wir stellen Anzeige gegen Monsanto, BfR und EFSA

Glyphosat: Ein Fall für die Staatsanwaltschaft

Im Wiederzulassungsverfahren für den Unkrautvernichter Glyphosat sind wichtige Studien systematisch ausgeschlossen oder falsch interpretiert worden. Deshalb schließt sich das Umweltinstitut einer Strafanzeige der österreichischen Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 gegen den Glyphosat-Hersteller Monsanto und die federführenden Zulassungsbehörden an.

Auf einer Pressekonferenz in Berlin haben wir am 21.04.2016 neue Belege dafür vorgelegt, dass Studienergebnisse, die eine Wiederzulassung von Glyphosat behindern, im Bewertungsprozess systematisch aussortiert wurden. Ein von Umweltinstitut und Global 2000 gemeinsam beauftragtes Gutachten des Epidemiologen Prof. Dr. Eberhard Greiser zeigt, wie im Zulassungsantrag durch den Glyphosat-Hersteller Monsanto fast alle epidemiologischen Studien als „fehlerhaft“ abqualifiziert wurden. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA haben diese Bewertung kritiklos von Monsanto übernommen, obwohl die unterstellten Mängel objektiv nicht vorhanden waren.

Die Sache mit der Maus

Aus einer Analyse des Toxikologen Dr. Peter Clausing wird außerdem deutlich: Auch bei Studienergebnissen aus Langzeitversuchen mit Mäusen lassen sich systematische Falschauslegungen im Wiederzulassungsverfahren feststellen. So wurde ursprünglich eine nicht vorgesehene statistische Auswertungsmethode verwendet, durch die die Krebswirkung verdeckt wurde. Tatsächlich zeigen die betreffenden Mausstudien bei Anwendung der leitlinienkonformen Auswertung durchgängig einen signifikanten Anstieg an Krebstumoren durch Glyphosat. Das BfR musste diesen Fehler inzwischen einräumen, hält aber trotzdem daran fest, dass es keine ernstzunehmenden Belege für eine Gesundheitsgefahr durch Glyphosat gäbe. Deshalb kritisierten rund 100 renommierte WissenschaftlerInnen die Krebsbewertung des BfR kürzlich in einer Fachzeitschrift als „fundamental fehlerhaft“.

Erneute Zulassung auf Grundlage falscher Bewertung?

Schon Ende Juni 2016 läuft die aktuelle Zulassung für Glyphosat aus. Deshalb soll noch im Mai die Entscheidung über eine erneute Genehmigung des Pestizids fallen. Diese Entscheidung darf nicht auf Grundlage einer offenkundig fehlerhaften Bewertung gefällt werden!

Um was es bei der Wiedezulassung von Glyphosat geht

Beim Streit um die Wiedezulassung von Glyphosat steht viel auf dem Spiel:

- **Für die Hersteller**, denn Glyphosat ist das mit Abstand erfolgreichste Pestizid weltweit. Monsanto beispielsweise macht rund 40 Prozent seines Umsatzes mit dem Wirkstoff. Wenn Glyphosat keine neue Zulassung erhält, müssen Glyphosathersteller mit heftigen Einbußen rechnen.
- **Für die Verantwortlichen in den Bewertungsbehörden**, denn sie haben den Stoff jahrelang als ungefährlich betrachtet und durch die Zulassungsverfahren gewunken. Wenn sie jetzt zugeben müssten, dass Glyphosat krebserregend ist, wäre ihre Glaubwürdigkeit massiv beschädigt.
- **Für die VerfechterInnen der Gentechnik**, denn ein Großteil der Gentechnik-Anbauflächen weltweit ist mit "RoundupReady"-Pflanzen bepflanzt, also Pflanzen, die speziell so manipuliert wurden, dass sie gegen Glyphosat resistent sind. Fällt die Zulassung für Glyphosat in Europa, steht auch der Import gentechnisch veränderter Futtermittel auf der Kippe.

Aber es geht auch:

- *Um unsere Umwelt, denn Glyphosat trägt maßgeblich zum Artensterben in ausgeräumten Agrarwüsten bei.*
- *Um unsere Gesundheit, denn Glyphosat ist schon jetzt in vielen Lebensmitteln und in Gewässern nachweisbar. Doch da gehört ein Pestizid, das wahrscheinlich krebserregend und erbgutschädigend ist, ganz sicher nicht hin!*
- *Darum, welche Art von Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion wir eigentlich wollen.*

Jetzt ist die Staatsanwaltschaft gefragt

In Anbetracht der zahlreichen nachgewiesenen Mängel im Zulassungsverfahren fällt es schwer an Zufall zu glauben. Wir vermuten vielmehr: Das hat System. **Es entsteht fast zwangsläufig der Eindruck, dass Behörden und Hersteller Hand in Hand arbeiten, um Glyphosat mit allen Mitteln auf dem europäischen Markt zu halten.**

Ein solches Vorgehen der Behörden wäre mit ihrem gesetzlichen Auftrag einer wissenschaftlich objektiven Bewertung der Risiken von Glyphosat keinesfalls zu vereinbaren. **Deshalb muss jetzt die Staatsanwaltschaft tätig werden und prüfen, ob sich die Verantwortlichen strafbar gemacht haben.**

Weiterführende Dokumente zur Anzeige gegen Monsanto, BfR und EFSA

[Die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Berlin](#)

[Gutachten von Prof. Dr. Eberhardt Greiser zu den epidemiologischen Studien](#)

[Hintergrundpapier von Umweltinstitut und Global 2000 zur Falschauslegung der Mausstudien](#)

[Analyse von Dr. Peter Clausing zur Falschauslegung von Krebsstudien an Mäusen](#)

[Kommentar von 94 WissenschaftlerInnen zu den Fehlern im Bewertungsbericht in der Fachzeitschrift JECH](#)

Ihr Beitrag hilft uns in der Auseinandersetzung mit Monsanto und den Behörden

Für die weitere Auseinandersetzung mit dem BfR, der EFSA und dem Chemieriesen Monsanto werden wir einen langen Atem brauchen.

Bitte unterstützen Sie uns dabei:

Wenn Sie jetzt [**Fördermitglied des Umweltinstituts**](#) werden, bedanken wir uns bei Ihnen Sie mit zwei Gläsern Bio-Honig oder wahlweise einer anderen attraktiven Prämie. Außerdem schenken wir Ihnen passend zur Jahreszeit drei Päckchen samenfestes Saatgut von ReinSaat für einen bienenfreundlichen Garten oder Balkon.

<http://www.umweltinstitut.org/themen/landwirtschaft/pestizide/glyphosat/glyphosat-zulassung-unsere-anzeige-gegen-monsanto-bfr-und-efsa.html>